

Weltweites Ende oder Renaissance des Totalitarismus?

Johannes Gerschewski

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde sehr schnell das weltweite Ende totalitärer politischer Systeme proklamiert. Lediglich das weitgehend isolierte Nordkorea wird zuweilen immer noch als letztes überlebendes totalitäres System bezeichnet, das jedoch in den letzten Jahren mit Erosionserscheinungen zu kämpfen hat. Allerdings könnten sich Ansätze aus der Totalitarismusforschung wieder als aktuell und nützlich erweisen, um radikalisierte und politisierte Religion zu analysieren.

Analyse:

- Das oft als letztes totalitäres Land angesehene Nordkorea kann aufgrund von ideologischen Neubestimmungen, vorsichtigen Wirtschaftsreformen und von Erosionserscheinungen des Sicherheitsapparates heute eher als „posttotalitär“ denn als „totalitär“ gekennzeichnet werden. Damit kann tatsächlich das Ende totalitärer *politischer Systeme* konstatiert werden.
- Die Gefahr des totalitären *Denkens* ist damit indes nicht gebannt. Die fundamentalistischen Religionsdeutungen zeigen strukturelle Gemeinsamkeiten mit den totalitären Ideologien. Am radikalen Islamismus Sayyid Qutbs kann dies exemplarisch gezeigt werden.
- Eine solche Differenzierung zwischen totalitär verfassten politischen Systemen und dem totalitären Denken innerhalb radikalisierter Bewegungen ohne Staatscharakter erfordert aber auch eine ebenso differenzierte politische Herangehensweise.

Schlagwörter: Totalitarismus, Nordkorea, radikaler Islamismus

1. Der umstrittene Totalitarismus

Sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der politischen Praxis gibt es kaum einen umstritteneren Begriff als den des Totalitarismus. Der von Anbeginn interdisziplinär angelegte Begriff hat seit seiner Einführung Anfang der 1920er Jahre stets mit dem Problem einer unklaren Bedeutungsabgrenzung zu kämpfen, wobei er zumeist lediglich mit einer relativ unreflektierten Negation der demokratisch-freiheitlichen Grundwerte oder aber mit der Ausübung einer brutalen Gewaltherrschaft gleichgesetzt wird.

In jüngster Zeit wurde dies wieder deutlich, als im November 2005 die Fachzeitschrift *Internationale Politik* titelte: „Terror: Der neue Totalitarismus“. Mit dieser Titelauswahl orientierte man sich wahrscheinlich an einem der jüngsten, provokant zugespitzten Werke des Politologen Bassam Tibi. Tibis Hauptthese seines 2004 erschienenen Buches, „Der neue Totalitarismus. ‚Heiliger Krieg‘ und westliche Sicherheit“ lautet, dass heute der politisierte Islamismus (und damit nicht der klassisch unpolitische Islam) die Nachfolge des Faschismus und Kommunismus antrete und die neueste Spielart des Totalitarismus im 21. Jahrhundert darstelle. Der diffuse Bedeutungshintergrund des Totalitarismuskonzeptes zeigte sich auch, als es Ende September 2007 zur Niederschlagung der friedlichen Proteste von Mönchen in Myanmar kam. Sowohl von Medien als auch von Politikvertretern wurde das als autoritär einzustufende Regime wiederholt als totalitär bezeichnet. Während die Zeitschrift „Internationale Politik“ sich also zuvorderst auf die Terrorausübung konzentrierte und Tibi die Bewegung des radikalen Islamismus als totalitär kennzeichnete, bezog sich eine solche Charakterisierung im Falle Myanmars auf das gesamte politische System.

Generell scheint somit neben einer klareren Bedeutungsabgrenzung auch eine Versachlichung der Debatte vonnöten. Im Folgenden sollen vor diesem Hintergrund zunächst überblicksweise die drei großen Stränge der Totalitarismusforschung vorgestellt werden, bevor untersucht wird, inwiefern das weiterhin als letztes totalitäres System geltende Nordkorea heute noch so charakterisiert werden kann. Anschließend soll erörtert werden, inwiefern der politisierte, radikale Islamismus strukturelle Ähnlichkeiten mit totalitären Ideologien aufweist. Der Beitrag wird mit einer Diskussion der politischen Implikationen abgeschlossen.

2. Die Totalitarismusforschung im Überblick

Der Begriff Totalitarismus geht nicht wie lange angenommen auf die italienischen Faschisten selbst zurück, sondern wurde von dem italienischen Oppositionellen Giovanni Avendola 1923 erstmalig verwendet, der von einem „sistema totalitario“ sprach. In Deutschland wurde der Begriff „totaler“ Staat zuerst von Carl Schmitt aufgenommen. Dieser forderte einen totalen Staat, der aus dem liberalen hervorgehen sollte und in dem jede Angelegenheit potenziell politisch und somit jeder Mensch davon berührt sei.

Nach einer bis Mitte der 1970er Jahre andauernden „Hochphase“ der Totalitarismustheorien innerhalb der Sozialwissenschaften gerieten diese nach Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Staaten des ehemaligen Ostblocks in den Hintergrund. Zum einen war man der Ansicht, dass mit diesen weltpolitischen Verwerfungen das Ende der beobachtbaren Fälle totalitärer Systeme eingeläutet sei und dass die demokratischen Staatsformen im Streit der politischen Systeme obsiegt hätten. Zum anderen griff man die Kritik an der politischen Instrumentalisierbarkeit des Totalitarismuskonzeptes auf. „Totalitarismus“ galt als „politischer Kampfbegriff“, der tatsächlich oftmals als die Gegenseite verunglimpfend benutzt wurde und noch immer wird. Nichtsdestoweniger wäre es unzulässig, die analytische Aussagekraft eines sozialwissenschaftlichen Begriffes von dessen Ge- oder Missbrauch abhängig zu machen. Mit gleichem Argument ließe sich so auch der schillernde Demokratiebegriff abwerten. In diesem Zusammenhang wird überdies angemahnt, dass vor allem ein Vergleich der beiden großen totalitären Systeme des Nationalsozialismus und des Stalinismus aufgrund der Singularität des NS-Regimes unzulässig sei. Gerade in Deutschland wog diese Kritik schwer, wobei der vorgebrachte Relativismusvorwurf bei genauerem Hinsehen einer Grundlage entbehrte (Jesse 1999).

2.1. Versuch einer Klassifizierung der Totalitarismustheorien

Die Beschäftigung mit dem Phänomen totalitärer Systeme war stets interdisziplinär angelegt, was sich auch in dem folgenden überblickswisen Klassifizierungsversuch widerspiegelt. Insgesamt lassen sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung grob drei Stränge der Totalitarismustheorie identifizieren, die

sich jedoch schwerlich trennscharf voneinander abgrenzen lassen (Nolte 1998).

Als erster Theoriestrang wäre die vornehmlich politikwissenschaftliche Herangehensweise zu nennen, die bestrebt ist, die herrschaftsstrukturellen Charakteristika solcher politischen Systeme zu beleuchten. Als bekanntester Vertreter hat sich hier Carl Joachim Friedrich, zu Beginn gemeinsam mit Zbigniew Brzezinski, um eine umfassende Analyse verdient gemacht. Ihr Werk *Totalitarian Dictatorship and Autocracy* von 1956 stellt wahrscheinlich das Referenzwerk der Totalitarismusforschung dar. Friedrich und Brzezinski sehen die totalitäre Diktatur als eine Herrschaftsform sui generis an, die von sechs interdependenten Merkmalen gekennzeichnet ist: 1. eine alle Lebensbereiche umfassende und auf einen Endzustand ausgerichtete Ideologie, 2. eine hierarchisch organisierte Massenpartei, 3. ein durch die Kontrolle einer Geheim- oder Parteipolizei verwirklichtes Terrorssystem, 4. ein Monopol über die Massenkommunikationsmittel, 5. ein staatliches Waffenmonopol und 6. eine staatlich gelenkte Wirtschaft. An diesem „Sechs-Punkte-Programm“ haben sich in der Folge viele Politikwissenschaftler orientiert und teilweise ähnliche oder divergierende Kriterien formuliert. In jüngerer Zeit ist dabei Juan Linz zu nennen, für den ein totalitäres politisches System nunmehr drei charakteristische Merkmale aufweist: eine monistische Machtstruktur, eine exklusive und autonome Ideologie sowie die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Massenmobilisierung.

Der zweite Theoriestrang entwickelte sich anhand der Frage nach dem Ursprung und der Anziehungskraft solcher Bewegungen. Er geht maßgeblich auf die richtungweisenden Schriften von Eric Voegelin zu den „politischen Religionen“ oder von Raymond Aron zu den „säkularen Religionen“ zurück. Während die historisch ausgearbeitete Säkularisierungskritik Voegelins auf die These zuläuft, dass die damaligen Massenbewegungen des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Kommunismus einen gnostischen Charakter aufwiesen, der sich in einer „Vergöttlichung der irdischen Herrschaftsordnung“ und der Etablierung einer „innerweltlichen Religion“ zeigt, geht die Kritik Arons von einer liberalen Position aus. Die totalitären Systeme würden nach Aron die seit der Aufklärung bestehende Trennung der politischen von der religiösen Sphäre zurücknehmen. Das Verdienst des sozialreligiösen Ansatzes ist es dabei, die religiösen Elemente totalitärer Ideologien zu betonen und dabei ihre durchaus vorhandene Anziehungskraft partiell er-

klären zu können. Der Forschungsansatz rekurriert insbesondere auf die *innerweltlichen* Heilsversprechungen der totalitären Ideologien. Ausdruck einer Sakralisierung der politischen und lebensweltlichen Sphäre sind dabei die kultische Führerverehrung, die Ästhetisierung von Massenaufmärschen, Appellen und Gelöbnissen. Die „politischen Religionen“ geben so auch den hermeneutischen Rahmen für eine Identitätsstiftung durch soziale Ex- und Inklusion vor (Maier 1996, 1997, 2003).

Als dritter Theoriestrang der Totalitarismusforschung lässt sich der genetisch-interaktionistische identifizieren, den vor allem der Historiker Ernst Nolte prägte. Dieser ist bestrebt, die historischen Ereignisse und Phänomene zueinander in Beziehung zu setzen. Nolte geht davon aus, dass der deutsche Nationalsozialismus und der Faschismus italienischer Prägung als militante Reaktion auf den sowjetischen Bolschewismus zu sehen seien. Strittig sind an dieser These zum einen der rein reaktive Charakter des Nationalsozialismus oder des Faschismus und zum anderen die unterstellte Kausalbeziehung zwischen den einzelnen Phänomenen.

2.2. Ideal- und Realtypen

Überdies sollte man sich bei einer Analyse totalitärer Staaten vergegenwärtigen, dass der Totalitarismus ebenso wie die Demokratie als Idealtypus im weberschen Sinne aufzufassen ist, der auf eine logisch-gedankliche Perfektion hin ausgerichtet ist und somit das denkmögliche Extrem darstellt.

Als historische Realtypen können in Anlehnung an Wolfgang Merkel zunächst „totalitär-kommunistische Regimes“ ausgemacht werden, die de facto personalisiert sind und sich über eine offizielle Staatsideologie legitimieren. Historische Beispiele hierfür sind die stalinistische Sowjetunion, China unter Mao Zedong, Kambodscha unter Pol Pot oder Nordkorea unter der Herrschaft Kim Il Sungs. Weiter kann man „totalitär-faschistische Regime“ identifizieren, die nach dem Führerprinzip aufgebaut sind und im Gegensatz zum ersten Typus über keine derart umfassende und ausdifferenzierte Weltanschauung verfügen. Mit Abstrichen können hier Mussolinis Italien, vor allem aber das nationalsozialistische Deutschland als historische Ausprägungen aufgefasst werden. Schließlich seien „theokratisch-totalitäre Regime“ genannt, die vor allem in einer islamistischen Variante totalitären Systemen zuzurechnen wären. Diese erhalten ihre Legitimation

aus einer fundamentalistischen Religionsdeutung, die weit in die Privatsphäre der Menschen reicht (Merkel 2004). Für eine als totalitär aufzufassende Ausprägung gibt es jedoch kein empirisches Fallbeispiel. Zwar ähneln die radikal-islamistischen Ideologien totalitären Ideologien, jedoch hat sich hieraus noch kein staatliches Herrschaftssystem entwickelt. Als einziges überlebendes Fallbeispiel für totalitäre Staaten hat lediglich das anachronistische Nordkorea die weltpolitischen Verwerfungen mit seiner Isolationsstrategie überlebt. Inwiefern jedoch dieser Staat auch heute noch als totalitär aufgefasst werden kann, wird im Folgenden untersucht.

3. Der weltweite Niedergang totalitärer politischer Systeme?

Unbestritten ist, dass Nordkorea zur Zeit der Herrschaft Kim Il Sung (bis 1994) dem Idealtypus eines totalitären Staates am nächsten gekommen sein könnte. Unter Rückgriff auf die oben skizzierten herrschaftsstrukturellen Ansätze besaß Nordkorea eine allumfassende, exklusive und Weltdeutungshoheit beanspruchende Ideologie. Die Juche-Ideologie geht auf den Staatsgründer Kim Il Sung zurück und sieht in ihrem Kern ein Autarkiebestreben vor, das in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht realisiert werden sollte. Die Juche-Ideologie basiert auf einer manichäischen Freund-Feind-Konstruktion und definiert sich hauptsächlich negativ über einen Antiamerikanismus, einen Antijapanismus, einen Antikapitalismus oder einen Antikolonialismus. Der offizielle „Sozialismus eigener Prägung“ besitzt einen hohen eschatologischen Gehalt, der sich nicht wesentlich von anderen marxistisch-leninistischen Ideologien unterscheidet, welche die verheißene Vollendung im Kommunismus zum Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung erhoben. Aufgrund fragmentarischer Beweise kann man davon ausgehen, dass die nordkoreanische Juche-Ideologie von der Bevölkerung weitgehend übernommen wurde und dass man durch jahrzehntelange Propaganda und Isolierung der Bevölkerung von externen Einflüssen dem Ziel der Schaffung eines sozialistischen „neuen Menschen“ so nahe kam wie in kaum einem anderen politischen System (Gerschewski 2006). Dass die Exklusivität einer einzelnen Ideologie durchgesetzt werden konnte, gründet auch auf einem ausdifferenzierten Repressionsapparat, der über ein weit verzweigtes System von Lagern Oppositionelle unterdrücken konnte. Durch gesellschaftliche Kon-

trollmechanismen entstand eine Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens und der Angst, die aufkommende Protestbewegungen im Keim erstickte sowie die vertikale und horizontale Mobilität weitgehend einschränkte. Die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisierte kommunistische Kaderpartei, in der Kim Il Sung direkte Zugriffsmöglichkeiten besaß, stellte das unumstrittene Gravitationszentrum der nordkoreanischen Herrschaft dar. Das Monopol über die Massenkommunikationsmittel lag ebenso in staatlicher Hand (Scobell 2005).

Nach dem Tod des jahrzehntelangen Führers Kim Il Sung kam es jedoch zu einem nur partiellen Macht- und Legitimationstransfer an seinen Sohn Kim Jong Il, der in der Folge seine Herrschaft stärker in Koalition mit führenden Militärs ausgestalten musste. Kim Jong Il befürchtete einen Staatsstreich, der während der Übergangszeit in erster Linie von Seiten des Militärs drohte, und war daher zu einer Kooperationsstrategie gezwungen. Mit dieser versucht er, eine Machtbalance zwischen der traditionell als Avantgarde angesehenen kommunistischen Partei und dem nun auch innenpolitisch als Vorbild dienenden Militär zu finden. Die enge Anbindung des Militärs wurde in den letzten Jahren verstärkt ideologisch unterfüttert. Mit dem politischen Schlagwort „Songun“ („Das Militär zuerst“) emanzipierte man sich zunehmend von der alten Juche-Ideologie, ohne diese adäquat ersetzen zu können. Die wirtschaftliche Talfahrt des einstigen sozialistischen Vorbildstaates zwang darüber hinaus die nordkoreanische Führung im Juli 2002 zu vorsichtigen Wirtschaftsreformen. Die Einführung einzelner marktwirtschaftlicher Elemente in die Planwirtschaft ist jedoch auch gleichzusetzen mit einem offiziellen Eingeständnis der wirtschaftlichen Bedeutung der Schattenwirtschaft, die man mit diesen Reformmaßnahmen „legalisieren“ wollte. Obwohl 2005 die nordkoreanische Führung einen Rückzieher machte und einzelne Reformschritte wieder zurücknahm, ist der Einfluss der Reformen geblieben. Diese standen in diametralem Gegensatz zu dem zuvor jahrzehntelang propagierten, sozialistischen Kurs, der an der Überlegenheit des eigenen wirtschaftspolitischen Weges gegenüber der Marktwirtschaft keinen Zweifel ließ. Gleichzeitig mit den Wirtschaftsreformen nahm die politische Kontrolle in Nordkorea ab. Ausländische Informationen erreichen die nordkoreanische Bevölkerung zunehmend (Lankov 2006).

Vor dem Hintergrund solcher Erosionserscheinungen ist es daher sinnvoller, Nordkorea als posttotalitären Staat einzuschätzen. Eine Retotalisierung

Nordkoreas erweist sich aufgrund der unzureichenden Ressourcen als nicht wahrscheinlich. Zurzeit scheint also weltweit tatsächlich kein totalitäres politisches System mehr zu existieren. Der Schluss, damit das Konzept des Totalitarismus nicht weiter verfolgen zu können, ist hingegen vorschnell. Wie eingangs aufgeworfen, können Erkenntnisse der Totalitarismusforschung für die Analyse fundamentalistischer (Religions-)Bewegungen fruchtbar gemacht werden.

4. Die stete Gefahr des totalitären politischen Denkens

Es wird im Folgenden von der These ausgegangen, dass für die Untersuchung radikalierter und politisierter Religionsvorstellungen neben den Religionswissenschaften insbesondere die Erkenntnisse der Totalitarismusforschung angewandt werden können. Dies wird anhand des Denkens Saiyid Qutbs exemplarisch gezeigt, dessen immer noch weit rezipiertes Hauptwerk *Wegzeichen* zum „Manifest des militanten Islamismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (Steinberg/Hartung 2005: 684) wurde. Der heute prominenteste Vertreter eines radikalen Islamismus und Anführer der Organisation al-Qa'ida, Osama bin Laden, wurde von dessen Lehren zweifellos stark beeinflusst.

Mit Blick auf die Totalitarismusforschung muss zunächst einschränkend konstatiert werden, dass eine systematische Untersuchung zu den allgemeinen Merkmalen totalitärer Ideologien noch aussteht. Es lassen sich jedoch gewisse strukturelle Charakteristika herausarbeiten, die hier mit der qutbschen Religionsauffassung verglichen werden sollen. Totalitäre Ideologien umfassen eine alle Lebensbereiche des Menschen tangierende und Exklusivität beanspruchende Weltdeutungshoheit; alternative Weltanschauungen werden ausgeschlossen. Totalitäre Ideologien beschränken ihre Aussagekraft dabei nicht nur auf das unmittelbare Sein, sondern erweitern ihre Geschichtsdeutung ebenso auf zukünftige Ereignisse, die mit der jeweiligen Weltanschauung in Einklang gebracht werden. Aufbauend auf einer radikalen Kritik des Bestehenden, entwerfen sie ein utopisches Zukunftsideal, das meist über verschiedene Teilziele und einen Prozess der Katharsis zu erreichen ist. Auch Saiyid Qutbs Ideologie sieht in einer Fundamentalkritik an den herrschenden Verhältnissen ihren Ausgangspunkt. Er beklagt die Unterdrückung des „richtigen“ Glaubens durch die Ungläu-

bigen und sieht sich in einer Welt, die die Gesetze Gottes ablehnt (*jahiliyya*). Die Muslime können nach Ansicht Qutbs nicht nach den Regeln des Korans leben, da Ungläubige die Schaffung einer wahren islamischen Gemeinschaft unterwandern. Er identifiziert das Prinzip des Stärkeren und des Kampfes zwischen Gut und Böse als *den* Antriebsmechanismus der menschlichen Geschichte und sieht dabei den militärischen *jihad* als Mittel zur Überwindung des nicht haltbaren Zustands der *jahiliyya* an. Das Endziel bildet die Weltherrschaft des Islam. Bei Qutb besteht die „objektive“ Notwendigkeit, den Zustand der *jahiliyya* durch die Anwendung physischer Gewalt zu überwinden. Dies ist nach Qutb sogar ethisch gerechtfertigt, da der unvermeidliche Kampf gegen Ungläubige als Akt der Selbstverteidigung gewertet wird, der überdies gegen minderwertige Menschen geführt wird. Qutb beansprucht dabei, im Besitz der allein gültigen Wahrheit zu sein. Strukturelle Gemeinsamkeiten zu den totalitären Vorgängerideologien werden evident. Der Geschichtsverlauf wird entsprechend als Klassen- oder Rassenkampf interpretiert, bei der die Vollendung im paradiesischen Zustand des Kommunismus stattfinden werde oder bei der die Reinheit der überlegenen Rasse angestrebt wird (Hansen/Kainz 2007: 56-63).

Totalitäre Ideologien verfügen generell über ausgeprägte Freund-Feind-Unterscheidungen. Sie intendieren, die eigene Gruppe, sei es als Nation, Klasse oder Rasse, mystisch zu verklären und einen innergesellschaftlichen Identifikationsmechanismus zu verstärken, während sie sich gegen fremde Gruppe abgrenzen. Diese Inklusions- und Exklusionstendenzen beruhen dabei auf einem die komplexe Realität stark simplifizierenden, manichäischen Weltbild. Die Ideologie definiert das „objektiv“ Böse und rechtfertigt damit dessen Eliminierung. Saiyid Qutb geht ebenso von einem klar dualistischen Weltbild aus, bei dem der Islam und der Zustand der *jahiliyya* nicht koexistieren können. Die Ungläubigen werden in derselben Weise wie die Kapitalisten im Marxismus-Leninismus oder die Juden im Nationalsozialismus als Feinde „objektiviert“. Jede menschliche Aktion basiert nun entweder auf dem Willen zum Gehorsam gegenüber Gott oder wird als eine Abwendung von Gott interpretiert. Vermittelnde Positionen sind in Qutbs radikaler Weltanschauung nicht vorgesehen. Eine liberale Trennung zwischen politischer und religiöser Sphäre ist damit beim antipluralistischen Konzept Qutbs undenkbar. Während Carl Schmitt *jede* Handlung als politische ansah, muss bei Qutb *jede* Handlung religiös motiviert

sein. Es ist für Qutb unmöglich, dass Religion teilbar sei und sich nur auf bestimmte Lebensbereiche, Lebenszeiten oder Orte beziehe (Berman 2004: 107-136). Der radikale Islamismus hat damit gerade nicht die Reflexionsleistung moderner Religionsauffassungen hinter sich, die seit der Aufklärung aufgrund eines „kognitive[n] Schub[s]“ (Habermas 2002: 169) nicht nur gegenseitige Toleranz gelernt haben, sondern auch eine vom Religiösen zu trennenden Staatsgewalt anerkennen.

Fundamentalistische Religionsauffassungen wie der radikale Islamismus können damit eher aus Sicht der totalitären Ideologien als aus Sicht des Islam gedeutet werden. Wie eingangs betont, gilt es jedoch genau zu differenzieren: Politisierte Religionsauffassungen weisen strukturelle Gemeinsamkeiten mit totalitären Ideologien auf. Sie damit als den „neuen Totalitarismus“ zu bezeichnen, führt jedoch zu einer begrifflichen Konfusion, da sie nicht die generelle Verfasstheit eines politischen Systems, sondern lediglich die ideologische Dimension einer Bewegung ansprechen. Obgleich eine Identifizierung mit dem hier vorgestellten zweiten Theoriestrang der *politischen* Religionen voegelinscher oder aronscher Prägung nahe läge, ist dies ebenfalls zurückzuweisen. Es handelt sich vielmehr um *politisierte* Religionen, die gerade nicht von einer Resakralisierung des profanen Politischen ausgehen.

5. Implikationen für Forschung und Praxis

Aus der Analyse lassen sich sowohl für die weitere Forschung als auch für die politische Praxis Schlussfolgerungen ziehen. Die wieder an Bedeutung gewinnende Totalitarismusforschung sollte sich neben einer Untersuchung der totalitären politischen Systeme vermehrt dem bislang relativ vernachlässigten Feld des totalitären politischen Denkens widmen. Auch sollte sie verstärkt in einen Austausch mit den Religionswissenschaften treten, da die radikalisierten Religionsauffassungen strukturelle Gemeinsamkeiten mit totalitären Ideologien aufweisen.

Für die politische Praxis hat eine genaue Unterscheidung zwischen einem totalitären politischen System und dem totalitären politischen Denken weit reichende Implikationen. Eine politische Herangehensweise an totalitär verfasste politische Systeme erfordert den Einsatz anderer Instrumente als eine Strategie gegenüber totalitärem Denken. Der Einsatz diplomatischer Mittel, die Erwägung gezielter Sanktionen und der Einsatz militärischer Mittel als

ultima ratio ist im Kampf gegen totalitäre politische Systeme unter Umständen sinnvoll. Jedoch weist vor allem die internationale Sanktionsforschung seit langem darauf hin, dass aufgrund des externen Druckes im sanktionierten Land Wagenburgmentalitäten entstehen. Eine solche interne Solidarisierungstendenz mit dem herrschenden Regime steht der Erreichung des ursprünglichen Sanktionsziels im Wege. In den „neuen“, asymmetrischen Kriegen zwischen Nationen und transnationalen Netzwerken wie dem von den USA ausgerufenen „globalen Krieg gegen den Terror“ verstärken sich solche kontraproduktiven Auswirkungen einer Sanktionierung. Die radikalen Religionsvorstellungen definieren sich gerade aus einer Freund-Feind-Stellung und einer manichäischen Weltanschauung, so dass externer Sanktionsdruck oftmals geradezu als sich (selbst) erfüllende Prophezeiung gelten und den Glauben seiner Anhänger an eine solche Auffassung nolens volens vertiefen kann. Vielmehr wäre somit die Demaskierung radikaler Religionsvorstellungen voranzutreiben, die keine Renaissance des wahren Islam anstreben, sondern eine totalitäre Pervertierung von dessen Werten darstellen. Und nicht zuletzt sollte sich auch der Westen – in Reaktion auf die Entstehung solcher radikalen Ideologien und auch gerade auf einen nicht nur in der Wahl der Instrumente fragwürdigen Krieg gegen den Terror – nicht davor scheuen, seine eigene moralische Integrität zu hinterfragen (vgl. auch Hansen/Kainz 2007: 71-73).

Literatur

- Gerschewski, Johannes (2006): Die Juche-Ideologie. Zu den Regime legitimierenden Funktionen der nordkoreanischen Ideologie, in: Köllner, Patrick (Hg.): Korea 2006. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Hamburg: GIGA Institut für Asien-Studien, S. 125-156.
- Habermas, Jürgen (2002): Fundamentalismus und Terror. Antworten auf Fragen zum 11. September 2001, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 47, 2, S. 165-178.
- Hansen, Hendrik/Kainz, Peter (2007): Radical Islamism and Totalitarian Ideology: A Comparison of Sayyid Qutb's Islamism with Marxism and National Socialism, in: Totalitarian Movements and Political Religion, 8, 1, S. 55-76.
- Jesse, Wolfgang (1999): Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: ders. (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der inter-

nationalen Forschung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 9-40.

Lankov, Andrei (2006): The Natural Death of North Korean Stalinism, in: Asia Policy, o. Jg., 1, S. 95-121.

Maier, Hans (1996, 1997, 2003) (Hg.): „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bände I-III, Paderborn.

Merkel, Wolfgang (2004): Totalitäre Regimes, in: Totalitarismus und Demokratie, 1, 2, S. 183-201.

Nolte, Ernst (1998): Die drei Versionen der Totalitarismustheorie, in: Siegel, Achim (Hg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln, S. 110.124.

Scobell, Andrew (2005): Making Sense of North Korea: Pyongyang and Comparative Communism, in: Asian Security, 1, 3, S. 245-266.

Steinberg, Guido/Hartung, Jan-Peter (2005): Islamistische Gruppen und Bewegungen, in: Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hg.): Der Islam in der Gegenwart, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 681-695.

■ Der Autor

Johannes Gerschewski, M.A., ist seit August 2007 Doktorand und Forschungsstipendiat am GIGA Institut für Asien-Studien. Forschungsschwerpunkte Autoritarismus- und (Post-)Totalitarismustheorien, nord-ostasiatische Region.

E-Mail: gerschewski@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/gerschewski>.

■ Gegenwärtige Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ wurde jüngst eine Arbeitsgruppe „Autoritäre Regime“ gebildet. Zudem beschäftigt sich eine in Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt, Macht und Sicherheit“ angesiedelte Arbeitsgruppe mit den Gründen für eine anhaltende Transformationsresistenz autokratischer Staaten, die unter erhöhtem externen Sanktionsdruck stehen.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Gerschewski, Johannes (2006): Die Juche-Ideologie. Zu den Regime legitimierenden Funktionen der nordkoreanischen Ideologie, in: Köllner, Patrick (Hg.): Korea 2006. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Hamburg: GIGA Institut für Asien-Studien, S. 125-156.

Gerschewski, Johannes (2007): Sanktionen gegen Nordkorea. Effektives Instrument oder reine Schaupolitik?, in: Japan aktuell, 15, 6, S. 37-52.

Gerschewski, Johannes/Köllner, Patrick (2008): Nordkorea und kein Ende? Zum Wandel innenpolitischer Legitimation und externer Stützung der DVRK, in: Maull, Hanns W./Wagener, Martin (Hg.): Prekäre Macht, fragiler Wohlstand? Globalisierung und Politik in Ostasien, Baden-Baden (im Erscheinen).

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Global* wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Joachim Betz; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM